

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. Einzelnummern 10 Pf. Die Wilsdruffer Tageszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Kr. 43 — 91. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amioblatt“ Wilsdruff-Dresden Postbez.: Dresden 2640 Sonnabend, den 20. Februar 1932.

Die Waffen nieder!

Deutschlands militärische Dellestärkung — Nachdenkliches Kopfschütteln — Unfriedlicher Wettstreit.

Es ist alles „in bester Ordnung“! Schneider-Creuzot, Stoda, Hotchkiss und wie andere große Rüstungsbetriebe noch heißen mögen, haben plötzlich wieder recht gut zu tun. Die Japaner „tätigen“ dort Massenbestellungen von Kriegsmaterial und angeblich sollen sich auch die im Weltkrieg so sehr beliebten Gasgranaten bei diesen Lieferungen finden. Im übrigen „tätigen“ auch die Chinesen bei Stoda... In Genf aber plätschern währenddessen immer die Reden auf der Abrüstungskonferenz dahin. Und es dürfte sehr, da die geheimen, aber wirklichen Herren der Konferenz — die französischen Delegierten — „regierungsrisikofreier“ nach Paris abgereist sind, fast als Zirkung des Leides gar nicht vorhandenen, theoretisch aber an die Tür pochenden Friedens in Genf empfunden worden sein, daß der deutsche Delegierte nun mit den Abrüstungsvorschlägen Deutschlands den Schlüssel für die Tür vorwies, durch die der Weltfriede nun wirklich eintreten könnte. Unser Vertreter setzte sich dabei auch noch ganz abfällig in den vollsten Gegensatz zur Erklärung Kardiens, man sei nach Genf nicht zu einer Friedenskonferenz gekommen. Freilich ist es ja ganz unmöglich, daß ein Weltfrieden zustande kommt, ein wirklicher, der sich nicht durch den Gott Mars „sichern“ lassen muß, — solange die einseitige militärische Dellestärkung Deutschlands bestehen bleibt. Solange wir allein am Ende des Weges stehen, dessen Anfang zu betreten die anderen zwar verbrochen, bisher aber noch nicht in Angriff genommen haben. Die deutschen Abrüstungsvorschläge sind nur die Konsequenz jenes Versprechens, das in der Einleitung zum Abschnitt V des Versailler Vertrages niedergelegt ist, jenes Artikels, der unsere Entwaffnung verfügte und diese mit dem Versprechen allgemeiner Abrüstung sozusagen „moralisch“ untermauern wollte. Manches aus den deutschen Vorschlägen stimmt mit dem überein, was schon andere Mächte in Genf verlangten, anderes findet sich sogar in dem Konventionstext der Vorbereitenden Abrüstungskommission, vieles geht über jene Programme hinaus als Wegweiser bis zu jenem Punkte der Abrüstung hin, auf dem wir selbst stehen und wo wir das Papier hochheben mit dem Artikel 8 des Völkerbundesstatuts darauf: „Die Mitglieder des Bundes bekennen sich zu dem Grundsatz, daß die Aufrechterhaltung des Friedens es nötig macht, die nationalen Rüstungen auf das Mindestmaß herabzusetzen, das mit der nationalen Sicherheit und mit der Durchführung der durch ein gemeinsames Handeln auferlegten Verpflichtungen zu vereinbaren ist.“ Sollen diese Verpflichtungen — Versailler Vertrag, Artikel 8 —, soll jener Grundsatz nur — ein Stück Papier bleiben, an dem sich wieder einmal ein Krieg entzünden kann?

Zum mindesten also: die Angriffswaffen nieder! Ja, wer ist „Angriffswaffe“? Diese uralte Streitfrage gilt ja auch in jenem andern Krieg, dessen vernichtende Flammen immer höher lodern, immer mehr Opfer fordern: im Wirtschaftskrieg. An ein furchtbar ernstes Wort erinnert, daß vor kurzem der Reichsbankpräsident Dr. Lather gesagt hat: Wenn er so durch die Straßen Berlins Jahre nach einer Beratung mit der Reichsregierung oder nach einer Verhandlung in der Reichsbank, dann wüßte er sich immer wieder, daß die Leute so ruhig einhergehen! Vom Standpunkt des Wissens und genau Unterrichteten aus mag dieses nachdenkliche Kopfschütteln zu verstehen sein. Aber diese schnell aufeinanderfolgenden Großkampfstage des jetzigen Weltwirtschaftskrieges stummen ab und — vieles wissen wir andern ja nicht. Kaum daß wir aufmerken, wenn einmal ein ganz besonders „sünder Brocken“ einschlägt. Und so etwas war die Feststellung, daß unsere Ausfuhr im Januar um fast ein Viertel zusammengeschrumpft ist, der Ausfuhrüberschuß gar auf die Hälfte gegenüber dem Vormonat zurückging und nur noch ein Viertel dessen beträgt, was unser Außenhandel im Oktober vorigen Jahres erreichen konnte. Das heißt aber wieder, daß die Devisenlage der Reichsbank einer sehr ernsten Zukunft entgegensehen muß. In unserer Zahlungsbilanz gegenüber dem Ausland war die Abrechnung der einzigen Aktivposten. Wir wollen unsere Schulden bezahlen, können es aber nur mittels Warenausfuhr tun. Und gegen diese fuhr das Ausland mit immer höher steigenden Zöllen, Einfuhrverboten oder Kontingenterungen einen Tag um Tag heftiger werdenden Angriffskrieg. Behren wir uns dagegen, dann sucht man draußen nach noch schärferen Waffen. Und wenn unsere Ausfuhr nicht wieder steigt, dann können wir auch unsere Schulden nicht bezahlen. Dann müssen auch wir uns mit härteren Stößen verteidigen und werden nicht mehr still auf dem Wege — zusammenbrechen.

Das ist freilich nur ein ganz kleiner Ausschnitt aus der Massenmasse von Gründen, die den Reichsbankpräsidenten, seinem Wort zufolge, sich so sehr verwundern lassen. Um so wichtiger muß darum jedes einsichtigen Deutschen Kopfschütteln werden, wenn man bei uns „auf der Straße“ „unruhig“ ist. Wenn es bei uns bis

Der völlig hilflose Völkerbund

Vollversammlung des Völkerbundes für den 3. März einberufen.

In der öffentlichen Sitzung des Völkerbundes fand eine außerordentlich scharfe Auseinandersetzung zwischen den Vertretern Japans und Chinas statt, in deren Verlauf der japanische Botschafter Sato zum ersten Male vor dem Völkerbundrat in einer unerwartet offenen Weise das gesamte politische Programm Japans im Fernen Osten darlegte.

Die Sitzung begann mit der Mitteilung des Ratspräsidenten Paul-Boncour, daß der Völkerbundrat auf Grund des chinesischen Antrages nunmehr zur Einberufung der Vollversammlung des Völkerbundes schreiten müsse.

Der Völkerbundrat hat nach vierstündigen Verhandlungen auf Grund der chinesischen Anregung beschlossen, eine außerordentliche Vollversammlung des Völkerbundes zum 3. März nach Genf einzuberufen.

Die Verhandlungen, die der Völkerbundrat seit fünf Monaten über den japanisch-chinesischen Konflikt geführt hat, werden damit abgebrochen und die weitere Behandlung des Konfliktes der außerordentlichen Vollversammlung des Völkerbundes überwiesen.

Über den Verlauf der Völkerbundratsitzung in Genf erhalten wir folgende Berichte:

Der chinesische Gesandte Jen
gab in größter Erregung eine kurze Erklärung ab: Der bisherige Kriegszustand in Schanghai habe jetzt den Charakter eines offenen Krieges angenommen. Das japanische Oberkommando habe 40 000 Mann in Schanghai gelandet, die mit Giftgasbomben und Dum-Dum-Geschossen ausgerüstet vorgingen. Ein deutscher Arzt habe bestätigt, daß die japanischen Truppen Dum-Dum-Geschosse verwendeten. Die japanische Regierung sei offensichtlich entschlossen, ihre Gewaltpolitik gegen China weiter fortzusetzen.

Das japanische Ultimatum laufe am Sonnabend um 17 Uhr ab. Man sehe am Vorabend einer Schlacht von größter Ausdehnung, an der Hunderttausende von Truppen mit modernsten Ausrüstungen und 40 Kriegsschiffen teilnahmen. Die Lage sei völlig unhaltbar, man müsse damit rechnen, daß ein furchtbares Blutbad in den nächsten Tagen stattfindet.

Der japanische Botschafter Sato
gab eine grundsätzliche Erklärung ab. Er brachte zunächst seine Entschuldigung gegenüber der englischen Regierung wegen eines Zwischenfalles zum Ausdruck, bei dem ein Engländer durch eine japanische Fliegerbombe getötet worden sei.

Scharf protestierte der Botschafter sodann gegen die Behauptung der chinesischen Regierung, daß die japanischen Truppen Giftgasbomben und Dum-Dum-Geschosse verwendeten.

Der Völkerbund könne nur bei einem Konflikt zwischen zivilisierten Staaten in Frage kommen. China befände sich — und es wäre peinlich, dies erklären zu müssen — seit zehn Jahren in dem Zustand eines fortgesetzten Bürgerkrieges, vollständiger Unordnung und der Auflösung. Die Sicherheit der Ausländer sei nicht mehr gewährleistet. Daher seien diejenigen Staaten, die die entscheidenden Interessen in China hätten, gezwungen gewesen, zu außerordentlichen Maßnahmen überzugehen. Andere Großmächte hätten gleichfalls mit militärischen Maßnahmen in China eingegriffen, um die Interessen ihrer Staatsangehörigen zu wahren. Die japanische Regierung verlange, daß der Völkerbundrat jetzt zu diesen Ereignissen (1927 England, Frankreich, Italien, Vereinigte Staaten) Stellung nehme. Der Völkerbundrat wäre kaum in der Lage, den Schutz der japanischen Interessen in China zu übernehmen.

zur Präsidentenwahl einen sehr unfriedlichen Wettstreit geben wird. Wenn am 23. d. M. im Reichstag ein wilder Kampf ansetzen wird um Weiben oder Verschwinden des Kabinetts Brüning, obwohl man von allen Seiten her auf Deutschland losfährt und selbst Litauen aus dem Hinterhalt auf den mühsam sich durch das Gestrüpp hindurchwindenden Deutschen herfällt. Zu allem hält man in Genf hochwohlwollende Reden oder will uns höchstens den Papierhelm juristischer oder schiedsgerichtlicher Gutachten aufs wehrlose Haupt stülpen. Im Nemeland ist unter den litauischen Fersenstößen sofort zwischen den verschiedenen deutschen Parteien ein Waffenstillstand abgeschlossen worden, kam es im Landtag zu einer geschlossenen Abwehrfront gegen den Überfall von Litauen her. Darüber muß man sich als Deutscher — leider — fast wundern. Man darf sogar den Kopfschütteln, nicht etwa über die Nemeländer, sondern über — uns selbst. Weil wir es anscheinend immer noch nicht wissen, gegen wen wir unsere Waffen heben müssen.
Dr. Pr.

Die Mandchurische Republik.

Der japanische Botschafter erklärte sodann, er habe dem Völkerbundrat eine bedeutende Mitteilung zu machen: Die Unabhängigkeit der Mandchurei sei soeben ausgerufen worden. Japan habe allzu weitgehende Interessen in der Mandchurei und allzu sehr durch das Vorgehen der chinesischen Souveräne gelitten, als daß es nicht eine Bewegung mit Sympathie begrüßen könne, die den Schritt und die friedliche Entwicklung für japanische Interessen in der Mandchurei sichere.

Die japanische Regierung unterstütze daher die Unabhängigkeitsbewegung in der Mandchurei. Wenn China später einmal eine normale Zentralregierung habe, so sei die japanische Regierung bereit, sich mit China über das endgültige Schicksal in der Mandchurei zu verständigen. Japan verfolge keinerlei territoriale Absichten in der Mandchurei und wolle sich nur die Mandchurei als Tätigkeitsfeld für seine überflüssige Bevölkerung und für seine wirtschaftliche Entwicklung sichern.

Wie komme es, daß der Völkerbundrat bisher nie dagegen protestiert habe, daß die Mongolei von der Karte Chinas verschwinden sei und von einem anderen Staate annektiert wurde.

Ein Verlegenheitsbeschluss.

Nach Schluß der Aussprache beschloß der Völkerbundrat auf Grund eines Vorschlages des Ratspräsidenten Paul-Boncour, an die japanische und chinesische Regierung folgende Aufforderung zu richten: 1. Verlängerung des Ultimatum; 2. Sofortige Wiederaufnahme der direkten Verhandlungen; 3. Einschaltung neutraler Truppen zwischen den japanisch-chinesischen Kampflinien, um den Ausbruch von Feindseligkeiten nach dem Ablauf des Ultimatum zu vermeiden.

Ferner wurden die Vertreter der Großmächte ersucht, ihren Vertretern in Schanghai sofort telegraphisch diesen Vorschlag des Völkerbundrates zu übermitteln.

Das japanische Kabinett erwägt Kriegserklärung an China.

In der Kabinettsitzung in Tokio erstattete der Kriegsminister Bericht über die Lage in Schanghai, die immer ernstere Formen annehme, da die 19. chinesische Armee in Schanghai dauernd durch große Truppenzüge unter dem Oberbefehl Tschiangkai-scheks verstärkt werde.

Die Kabinettsmitglieder kamen überein, ihr Ansehen zu tun, um eine Verschlechterung der Lage, die möglicherweise eine Kriegserklärung nötig mache, zu verhüten.

Chinesische Verstärkungen marschieren.

Wie aus Nanjing berichtet wird, treffen dort ununterbrochen neue Truppenzüge aus Nordchina ein. In neutralen Kreisen der internationalen Niederlassung wird die Stärke der zurzeit im Gebiet von Schanghai befindlichen chinesischen Truppen auf etwa 100 000 Mann geschätzt. Es sollen auch neue Divisionen, die mit Flugzeugabwehrgeschützen ausgerüstet sind, eingetroffen sein. Die japanischen Truppen werden auf 18 000 Mann geschätzt.

Waffenlieferungen für China aus der Tschechoslowakei.

Die Brüner Waffenwerke haben größere Lieferaufträge für China erhalten. Dieser Tage wurde eine Sendung von 250 000 Gewehren, 500 schweren und 800 leichten Maschinengewehren nach China abgesandt.

General Mai Vorherrscher der Sailingiangprovinz

Aus Mukden wird gemeldet: Tschiangkai und General Mai haben beschlossen, alle chinesischen Angestellten der Chinesischen Ostbahn abzuberufen und sie durch regierungstreue Beamte zu ersetzen. General Mai ist zum Vorherrscher der Sailingiangprovinz ernannt worden.

Kaiser Puhi mandchurischer Präsident.

Mit 4 Jahren Kaiser, mit 27 Jahren Präsident.

Der frühere Kaiser von China, Prinz Puhi, wurde einstimmig zum Präsidenten des Volksgesamtschusses der unabhängigen neuen Republik der Mandchurei erwählt. Der 27jährige Prinz, dessen eigentlicher Name Hsuanung lautet, ist schon mit vier Jahren, 1908, zum Kaiser von China ausgerufen worden, während sein Vater, Prinz Tschun, zum Prinzregenten ernannt wurde. Nach Ausbruch der Revolution 1912 trat der Prinzregent zurück, während der junge Prinz in der „Verbottenen Stadt“, dem Winterpalast von Peking unter strenger Bewachung gehalten wurde.